

Herrn Landrat  
Werner Stump

im Hause

06.03.2007

**Antrag zur Sitzung des Kreisausschusses am 19.4.2007;  
Resolution des Kreisausschusses des Rhein-Erft-Kreises gegen eine Reform  
des § 107 GO NRW**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, über folgende Resolution abstimmen zu lassen:

Der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises spricht sich gegen eine Reform des § 107 der Gemeindeordnung (GO) NRW aus, der zum zentralen Inhalt Eingriffe in die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kreise, Städte und Gemeinden hat. Kommunale Unternehmen, die zur Daseinvorsorge der Bürger arbeiten, dürfen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden.

Der Kreistag will, dass die Kommunen öffentliche Aufgaben selbst wahrnehmen können und wettbewerbsfähig bleiben. Wir wollen kommunale Arbeitsplätze und die intensive Partnerschaft von Kommunalwirtschaft und örtlichem Handwerk sowie dem Mittelstand sichern. Die kommunalen Unternehmen haben nur dann eine Zukunft, wenn sie sich – im Interesse der Bürger – wirtschaftlich betätigen.

**Begründung:**

Resolutionen sind politische Willenserklärungen. Dies gehört zum Kernbereich der Aufgaben der politischen Vertretung, hier des Kreistages.

...

Nach der bisherigen gesetzlichen Grundlage des § 107 Abs.1 GO dürfen Kommunen und kommunale Unternehmen nur dann tätig werden, wenn der **öffentliche Zweck** durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Die NRW Landsregierung beabsichtigt, § 107 GO dahingehend zu verschärfen, dass sich die öffentliche Hand zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur dann wirtschaftlich betätigen darf, wenn ein „dringender“ öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Die Regelungen der GO, die die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen betreffen, sind in den letzten Jahren mehrfach geändert worden und zwar überwiegend in der Weise, den Gemeinden die wirtschaftliche Betätigung zu erleichtern.

Wir lehnen diese Abkehr vom bisherigen Weg ab, da insbesondere im Hinblick auf die schlechte Finanzlage der meisten Kommunen in NRW und die zunehmende Liberalisierung der Märkte, auch im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, eine gesicherte wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden unabdingbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Hardy Fuß  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R.  
Evelyn Butz  
Fraktionsgeschäftsführerin

**Verteiler**  
Fraktionen